

Seiten durch eine glänzende Tapferkeit die militärische Ehre gewahrt sei, ein sehr günstiger für die noch vorhandene Möglichkeit des Abschlusses eines Friedens sei. Falls Sewastopol, so würde Russland diese tiefe Scharte auszuweihen trachten und nicht für den Frieden geneigt sein. Behauptete sich Sewastopol trotz aller Anstrengungen der Westmächte, so würden letztere Alles daran setzen, daß der Ruhm der französischen und englischen Waffen in einem längern Kriege sich bewähre, und von Friedensunterhandlungen nichts wissen wollen. Wie wir erfahren, haben die beiden Westmächte noch keine Erklärungen hier abgegeben, welche ein Nichteintreten Frankreichs und Englands in Unterhandlungen auf Grundlage der nunmehr vom Petersburger Cabinet angenommenen vier Friedensbürgschaften voraussetzen ließen. — In Betreff der Reichsunmittelbaren, welche vom König in die I. Kammer berufen sind, wird in hiesigen unterrichteten Kreisen behauptet, daß mehr derselben in abgesonderten Schreiben die Gründe auseinandergesetzt hätten, welche sie abhielten, ihren Sitz in der I. Kammer einzunehmen. Namentlich gibt man als Hauptgrund des beabsichtigten Nichterscheins mehrerer Reichsunmittelbaren an, daß dieselben sich vorher im Wiederbesitz ihrer durch die Bundesacte gewährleisteten Rechte und Privilegien sehen wollen. Es hat dieses Auftreten derselben hier allgemein einen sehr unangenehmen Eindruck hervorgebracht und wird dasselbe nur von sehr wenigen Seiten gebilligt. Eine Gesamteingabe der Reichsunmittelbaren in Preußen ist, wie man hört, nicht gemacht worden.

♣ Berlin, 29. Nov. Bestätigt es sich, daß Preußen und Oesterreich in der orientalischen Angelegenheit materiell einig sind, dann hat ersteres auch die frühere Forderung einer Nichtverminderung des Besitzstandes der russischen Macht fallen lassen. Dies konnte um so leichter geschehen, als die bezügliche Frage in diesem Augenblick ohne alle praktische Bedeutung ist. Der Krieg beginnt erst ernstlich und noch halten sich die Chancen desselben auf beiden Seiten das Gleichgewicht. Ein entscheidender Schlag wird erst im künftigen Jahre zu erwarten sein. Fällt er zum Nachtheil Russlands aus, so ist anzunehmen, daß sich dieses große Reich durch einen einzigen unglücklichen Feldzug nicht demüthigen lassen wird. Es kann sogar ganze Provinzen infolge unglücklicher Schlachten verlieren und es behält noch Länder genug zu seinem Rückzug und zur Fortsetzung des Krieges. Bricht sich dieser aber in die Länge, so wird Preußen endlich doch daran theilnehmen müssen, und wo soll es in dem Falle, daß Russland gedemüthigt wird, seine Entschädigungen hernehmen als eben von Russland? Ueberdies ändern sich im Laufe der Zeit die Ansichten der Cabineten. Warum daher jetzt, wo noch nichts entschieden ist, weder der Ausgang des Krieges noch die schließliche Parteinahme Preußens an demselben, schon die Forderung als *conditio sine qua non* aufstellen, daß bei dem künftigen Frieden der Besitzstand des russischen Reichs nicht vermindert werden dürfe! Dies ließe sich auch nicht durch den politischen Grundsatz des Gleichgewichts vertheidigen. Denn ein Blick auf die Karte und die Erfahrungen der neuern Zeit beweisen es ja unüberlegbar, daß zwischen dem russischen Länderkoloss und dem Länderumfang der übrigen Großmächte kein gleiches Verhältnis stattfindet. Folglich müßte gerade zur Wahrung oder Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts das russische Reich in engere Grenzen, etwa in die beim Antritt der Regierung Katharina's II., zurückgewiesen werden.

— Das Correspondenz-Bureau meldet aus Berlin: „Eine in diesen Tagen hier vorgekommene polizeiliche Haus suchung macht insofern Aufsehen, als dieselbe mit einer hochgestellten Person in Verbindung gebracht wird. Diese Verbindung ist aber, wie uns versichert wird, nur eine sehr entfernte. Die Haus suchung hat bei einem ehemaligen Geislichen stattgefunden, der sich auf Grund der früher von ihm angeblich geleisteten Dienste des Versuchs der Concussion schuldig gemacht haben soll. Derselbe ist als Correspondent verschiedener auswärtiger Zeitungen thätig und soll mit der Veröffentlichung verschiedener Geheimnisse, in deren Besitz er zu sein vorgibt, gedroht haben.“

Baden. Der Karlsruher Zeitung schreibt man aus Mastadt vom 26. Nov.: „Es liegt in der Natur der Sache, daß auch das hier garnisonirende österreichische Regiment Benedek von den großen Kriegsvorbereitungen der österreichischen Armee nicht unberührt bleibt. So erfahren wir beispielsweise, daß dasselbe auf höhern Befehl neuerdings sämtliche entbehrliche Gewehre, etwa 2200 Stück, nach Oesterreich geschickt hat. Ebenso sind sämtliche entbehrliche Monturen, dem Vernehmen nach für die zu errichtenden 6., 7. und selbst 8. Bataillone, in den Bezirke des Regiments in Böhmen abgeschickt worden.“

Kurhessen. Kassel, 25. Nov. Wie man allgemein hört, hat sich unser Premierminister Hassenpflug seit einiger Zeit mit der Ausarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfs beschäftigt, welcher auch bereits in einer der letzten Sitzungen des Gesamtstaatsministerium zur Berathung gekommen sein soll. Hierdurch wird man zugleich am zweckmäßigsten das Ersuchen der Bundesversammlung vom 2. Nov., eine Erklärung über die Beschwerde der Landgrafen von Philippsthal, mehrere Bestimmungen der Verfassung vom 13. April 1852 betreffend, abzugeben, erledigen. Auf den Grund irgendeines Wahlgesetzes wird man eine Kammer zusammenberufen, mit dieser Verhandlungen über die Verfassung beginnen und es darauf ankommen lassen, ob sie ein Endresultat herbeiführen. (N. C.)

Thüringische Staaten. Gotha, 27. Nov. Vom Staatsminister v. Seebach wurde in der heutigen Sitzung des Landtags die Erklärung abgegeben, daß der Prinz Albert dem Arrangement der Domänenangelegenheit, welches vom Landtagsausschusse beantragt worden sei, in allen

Theilen beitrete, daß er aber den Consens zu der Verfassung noch von der Aufhebung einiger Paragraphen derselben abhängig machen müsse. Der Landtag beschloß jedoch, bei den Verhandlungen über die Domänen die bedingende Voraussetzung des agnativen Consens festzuhalten. Ein weiterer Beschluß des Landtags ging dahin, daß von einer neuen Erörterung der Frage über das Recht des Eigenthums an den Domänen ganz abgesehen werden solle.

Aus Thüringen, 23. Nov. Dem Magdeburger Correspondenten wird geschrieben: „Glaubwürdige Nachrichten sprechen von bedeutenden Spaltungen zwischen den so eng verbundenen Höfen der thüringischen Länder infolge der orientalischen Frage. Man schreibt diesen Differenzen eine praktische und entscheidende Bedeutung umso mehr zu, als man glaubt, daß dieselben sich bald auch äußerlich in der Vertretung der betreffenden Regierungen an befreundeten Höfen und am Bundestage manifestiren dürften. Man schreibt diese Störung der früheren Einigkeit unter den thüringischen Regierungen denjenigen Bemühungen zu, welche schon bei frühern Veranlassungen, namentlich als es sich um eine einheitliche Gestaltung Deutschlands und später um die Aufrechthaltung des Zollvereins handelte, so sichtbar hervortraten, damals aber wenigstens den beabsichtigten Erfolg, jene Regierungen vom Zusammengehen mit Preußen abwendig zu machen, nicht erreichten. Auch auf Anlaß der orientalischen Frage ist es zwar geglückt, einen Zwiespalt hervorzurufen, ohne indessen zu jenem Ziel zu gelangen.“

— Die Weimarer Zeitung berichtet aus Weimar vom 29. Nov.: „Auswärtige Zeitungen berichten von Beschlüssen, welche die neulich hier abgehaltene thüringische Ministerconferenz in Bezug auf das Bundespressgesetz gefaßt habe. Dies ist dahin zu bestätigen, bezüglich zu ergänzen, daß die Frage, ob und inwieweit die Bundesbeschlüsse über Presse und Vereinswesen zu gemeinschaftlichen Entschlüssen der thüringischen Staaten Veranlassung zu geben geeignet seien, allerdings Gegenstand der Verhandlung in jener Conferenz gewesen ist. Ueber die gefaßten Beschlüsse behalten wir uns weitere Mittheilung vor.“

♣ Gera, 28. Nov. Unsere, dem neuen Landesfürsten geweihten Festlichkeiten sind nun vorüber und es sei uns nun gestattet, ein Wort über die jetzigen reussischen Staatenverhältnisse überhaupt zu sagen. Unser Reußenland wurde in seinem frühern, vielfach zergliederten Bestande bekanntlich immer als Zielscheibe des Wiges genommen, denn wenn irgendwo vom deutschen Miniaturstaaten die Rede war, standen „Reuß-Schleiz-Lobenstein“ etc. in der Regel an der Spitze. Allerdings war die Jüngere Linie Reuß sehr zerklüftet; seit 1848 aber ist dies anders geworden, ohne daß man auswärts besondere Notiz davon genommen zu haben scheint, denn die alten beliebten Anführungen blieben nach wie vor. Umso mehr halten wir daher die nachfolgende Erklärung für nothwendig. Von den frühern Specialhäusern der Jüngern Linie sind Saalburg und Hirschberg zuerst, und zwar jenes schon seit beinahe 200 Jahren ausgestorben. Alle übrigen erhielten sich bis in die neuere Zeit. So erlosch Gera 1802; Lobenstein 1805. Ein Nebenweig des letztern, Selbzig, übernahm die Regierung des Haupthauses und starb in diesem 1824 aus. In Ebersdorf endlich legte der nunmehr gleichfalls verstorben Fürst Heinrich LXXII. (der Letzte dieses Hauses) im Jahre 1848 die Regierung nieder und das Haus Schleiz beherrscht seitdem die sämtlichen hier genannten Länder der Jüngern Linie Reuß, welche in ihrem gegenwärtigen Bestande nur drei Quadratmeilen weniger an Flächeninhalt umfassen als das Herzogthum Altenburg. Der einzige noch bestehende Nebenweig der Jüngern Linie, das Haus Köstritz, hat keine landesherrlichen Rechte. Bei seiner Stiftung (1679) wurden ihm einige Güter zum Paragium überwiesen, die aber bis heute noch unter landesherrlicher Hoheit des regierenden Haupthauses stehen. Am 19. Juni d. J. starb Heinrich LXII. Fürst Reuß (aus dem Hause Schleiz) und sein Bruder, Heinrich LXVII., kam an die Regierung. Die bis dahin noch gebräuchliche Bezeichnung der einzelnen Fürstenthümer nach ihren frühern Namen ist seitdem ganz in Wegfall gekommen und der Gesamtstaat hat dagegen den Namen „Fürstenthum Reuß Jüngerer Linie“ erhalten. — Nachdem der neue Landesherz die übrigen Gebietstheile besucht und überall die freudigste Huldigung empfangen hatte, hielt er am 24. Oct. seinen Einzug in Gera. Dieser sowie die darauf folgenden Tage schufen eine Kette von Festlichkeiten, wie sie in gleicher Weise unsere Stadt noch nicht gesehen.

Freie Städte. O Frankfurt a. M., 28. Nov. Die Dienstmagd Rosalie Herzberg aus Neckargemünd, beschuldigt, die in dieser Zeitung erwähnte Mordthat an der Jungfer Barbara Müller begangen zu haben, ist am 26. Nov. ihrer Haft entsprungen, wie man sagt, in Mannskleidern. Obwol von den Behörden sofort alle nur erdenklichen Maßregeln ergriffen wurden, dieser gefährlichen Person wieder habhaft zu werden, so sind doch bis jetzt alle Schritte ohne Erfolg geblieben. Die Entwichene ist eine sehr verschmigte Person und es ist jetzt ziemlich klar, daß sie damals auch die Verzte zu täuschen gewußt hat, als sie kurz nach ihrer Verhaftung sich wahnsinnig stellte und infolge dessen ins Irrenhaus geschafft wurde. — Neben diesem Vorfalle erregt hier unter den localen Angelegenheiten ein Ereigniß besondere Sensation, welches die Familie des dänischen Bundestagsgesandten, Geheimraths v. Bülow, in tiefe Trauer versetzt. Ein zweijähriger Knabe dieses Herrn fand nämlich in verstoffener Woche dadurch seinen Tod, daß er durch Zupfen am Tischuch ein mit siedendem Wasser gefülltes Geschirr auf sich herabzog und dermaßen davon verbrüht wurde, daß er wenige Stunden später unter den schrecklichsten Qualen starb.

Oesterreich. ♣ Wien, 29. Nov. Das Resultat der Verhandlungen mit Preußen über die in der orientalischen Frage zu ergreifenden Maß-

regeln denn ei  
Manche  
des Ka  
entschlo  
daß der  
denen  
der Ar  
selbe ne  
dern  
Ueberdie  
behaupt  
in sehr  
Russen  
wenn d  
foberte?  
näher  
auch im  
tag wir  
Alles ist  
so wer  
immer  
wenn w  
besigen  
welche i  
daher a  
Feldherr

— T  
jezt mit  
Note ve  
rungen  
tritt zur  
seine Un  
dann die

— T  
„Es be  
ron G  
men,  
seit Jah  
wichtigen  
war für  
bewogen  
3. Corps  
stein) na  
verlegen.  
nen; ebe  
nicht ver  
übliche  
in Mass  
für die  
valeriereg

— U  
23 gene  
Zeit den  
sen und

— U  
armee  
laufender  
lauf von  
wird inde  
tenant  
Distalgie  
Urlaub ge  
nicht blo  
diese We  
sprachener  
man dem  
blick wah  
Command  
den Offiz  
ertheilt w  
angesehen  
bürgen hi  
tigen We  
ner Seite  
treten. W  
Posten zu  
überdies  
Urlaubze  
Truppenk  
nuar in J

— U  
Kir  
gen schon